

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

EX BIBLIOTHECA REGIA ACADEMIAE TORONSIENSIS AUG.

Nr. 1

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Einzelhefte in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsverträge pro 30 tägiger Beile oder deren Raum 25, für Jahrl. 15 Pf. Off. Annahme 10 Pf.

Hannover,  
Sonnabend, den 5. Januar 1907.

Berlag: V. Lohberg, Hannover, Münzstr. 5.  
Verantwortlicher Redakteur:  
H. Schneider, Hannover, Münzstr. 5, III.  
Fernsprech-Anschluß: 3002.  
Druck von E. A. H. Meißner & Co., Hannover.

16. Jahrg.

## Zur Beachtung!

Heute ist der 1. Wochenbeitrag fällig.

## Was hat uns das Jahr 1906 gebracht?

Verstärkt ins Meer der Unendlichkeit ist das alte Jahr, vor uns in schier undurchdringlichem Dunkel liegt das neue. Da ist es eine alte, liebe Gewohnheit, all die Freuden und Leiden, die das verstoffene Jahr gebracht hat, noch einmal am geistigen Auge Revue passieren zu lassen. Aber nicht nur rückwärts, auch vorwärts zu sehen, der Schleier, der über der Zukunft liegt, zu lüften, strebt der Mensch.

Mögen die im Banne traditioneller Dogmen verharrenden „gläubigen“ Menschen die Welt als das finstere Spielzeug eines Gottmenschen und den Gang der Dinge als abhängig von den Launen dieses Wesens betrachten, wir wissen, daß die Welt sich regiert nach ewigen Gesetzen, dem Gesetz der Entwicklung. Wir werden auch nie den törichten Versuch des Prophezeiendens machen, noch voraus-sagen wollen, wie groß oder wie klein der Schritt ist, den die Entwicklung im kommenden Jahre macht, aber wir wollen versuchen, aus der Vergangenheit zu lernen und das Gelernte für die Zukunft zu verwerten. Und darum wird und muß auch bei uns ein Rückblick zugleich ein Ausblick sein.

Wenn wir die Hervorstechendsten Erscheinungen des verfloffenen Jahres in wenige Worte fassen wollen, dann können wir sagen: Es war ein Kampfsjahr. Schauplatz, Form und Umfang der Kämpfe wechselten, aber gekämpft wurde immer.

Die brutalste Form des Kampfes sehen wir in Rußland, wo ein Jahrhundertgedrücktes Volk sich auflehnt wider seine Unterdrücker und die Schergen eines verbrecherischen Absolutismus das kämpfende Volk im eigenen Blut erstickend wollen. Oder in Afrika, wo Deutschland den schwarzen Ebenbildern Gottes die Segnungen unserer Kultur, als da sind Bibel, Schnaps und Krute, zugänglich machen will. Weil aber die schwarzen Brüder für unsere herrliche Kultur kein Verständnis haben, sondern sich gegen den Raub ihrer Freiheit und ihres Landes wehren, sind es „fremde Aufständische“, denen das Ragout deutscher Kulturzeugnisse mit blauen Bohnen gewürzt werden muß. Und im Wüstenlande verschmachten und verhungern neben den gekochten Heiden auch die zur Menschensagde geborgenen „christlichen“ Söhne deutscher Eltern, zur höheren Ehre Gottes und der deutschen Geschäftspatrioten.

Vor wenigen Tagen aber standen Tausende von gut bezahlten Vertretern des Christentums auf den Kanzeln und das leichte Wächlein angelegter Beredsamkeit schwoh zu wildem Strome an; sie hatten der Welt eine neue Mär zu verkünden, die Mär vom Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen.

Denken wir unsere Augen von dieser christlich-kapitalistischen Heuchelei ab auf unser eigentliches Tätigkeitsfeld, das Wirtschaftsleben, so sehen wir auch hier grimmige, erbitterte Kämpfe. Das Jahr 1906 war ein Jahr glänzendsten wirtschaftlichen Aufschwungs, Niedergewinne erwachsen den Besitzern der Produktionsmittel aus der Arbeit — anderer.

Aber auch die Arbeiter sind nicht müßig gewesen. Die durch eine wahnwitzige Jollpolitik maßlos gesteigerten Lebensmittelpreise zwangen unsere Kollegen, eine bessere Bezahlung ihrer Arbeitskraft zu fordern und die gute Geschäftslage erleichterte die Durchsetzung der Forderungen.

Groß ist die Zahl der Unternehmer, die den ganzen Mehrgewinn, den ihnen die günstige Wirtschaftslage brachte, für sich behalten wollten und für die berechtigten Forderungen der Arbeiter, die den Gewinn durch ihrer Hände Arbeit erzeugten, nur schrofne Ablehnung hatten. Unsere Kollegen bewiesen aber, daß sie nicht nur fordern, sondern auch kämpfen gelernt haben. Allein im 1. Quartal des verfloffenen Jahres zahlten wir rund 100 000 Mark an kämpfende Kollegen aus und wir können die erfreuliche Tatsache verzeichnen, daß aus den weitaus meisten Kämpfen unsere Kollegen als Sieger hervorgegangen sind. Sie haben den Unternehmern abgezwungen, was gütlich zu geben sie sich weigerten.

Weit zahlreicher denn je sind aber auch die Fälle, in denen die Forderungen unserer Mitglieder ganz oder doch zum Teil bewilligt wurden, ohne Kampf. Grund für die Bewilligung ohne Kampf war nicht die soziale Einsicht oder das gute Herz der Unternehmer, sondern die Furcht des Unternehmers, in der Zeit des besten Geschäftsganges seinen Betrieb stilllegen zu müssen, oft war auch die Organisation so stark, daß der Unternehmer den Ausgang des Kampfes voraussehen und Entgegenkommen zeigte, weil er es zeigen mußte. In vielen Fällen haben wir auch die Gegner überrascht, sie unterschätzten uns bisher und vernachlässigten ihre eigene Organisation. Das werden sie nachholen, nachdem sie

ihren Fortum eingesehen. Unsere Kollegen werden das beachten müssen.

Insgesamt wurden im ersten Vierteljahr 1906 in 96 Betrieben für 12 771 Beteiligte die Arbeitsbedingungen ohne Kampf verbessert. Die Verbesserungen bestanden in einer Arbeitszeitverkürzung von wöchentlich 9964 Stunden und einer Lohn-erhöhung von 20 899 Mark pro Woche.

Eine halbe Million Stunden im Jahre können die Beteiligten ihrer Familie, ihrer Erholung und ihrer geistigen Fortbildung widmen und eine Million Mark können sie für ihre Bedürfnisse jährlich mehr ausgeben wie bisher. Und diese glänzenden Erfolge sind ohne Kampf errungen in einem Viertel des abgelaufenen Jahres.

Und noch einen schönen Erfolg haben wir im verfloffenen Jahre zu verzeichnen. Die Nr. 7 des „Proletarier“ brachte uns die erfreuliche Kunde, daß das erste Hunderttausend Kämpfer gewonnen war. Das war eine Freudenbotschaft für alle, namentlich aber für die, die auf vorgeschobenen Posten für die Ausbreitung der Organisation kämpften. Langer, zäher, mühevoller Arbeit hat es bedurft, das erste Hunderttausend voll zu machen, das zweite wird leichter und schneller erreicht werden, wenn wir uns geloben, in dem vor uns liegenden Jahre unsere Pflicht zu tun.

In der Politik brachte das verstoffene Jahr wenig erfreuliches. Die Sozialpolitik steht noch immer auf dem toten Punkte, das Gesetz betr. Rechtsfähigkeit der Berufsvereine war kein sozialpolitisches Gesetz, sondern ein von Bosheit und Unwissenheit in gleicher Weise beeinflusster reaktionärer Erdröselungsversuch.

Die Erhöhung der Fleischpreise, die dieses wichtigste Nahrungsmittel für große Teile der Arbeiterschaft unerschwinglich machten, löste bei den Agrariern befrüchtete Schmäuzeln und bei dem verantwortlichen Minister saure Bisse und noch faulere Prophezeiungen aus. Die Entrüstung der Arbeiter blieb unbeachtet.

Die häßlichsten Blüten kapitalistischer Korruption wuchsen aus dem Sumpfe der kolonialen Eroberungspolitik. Nicht daß die geschilderten Schandtaten passieren konnten, ist das schlimme, sondern daß es Personen, nein Parteien gibt, die diese Taten billigen und beschönigen, das ist das Beschämende. Und daß die Regierung es wagen konnte, den Reichstag aufzulösen, weil er ihr zur Fortsetzung dieser, aller Menschlichkeit und Kultur hohnsprechenden Politik nicht die nötigen Männer und Millionen dankend bewilligte.

Was wird nun das neue Jahr bringen? In erster Linie Neuwahlen für die gemäßigten Arbeiter der Reichs-Gesellschaft. Die Firma Reichsregierung wird, unter Assistenz ihrer Getreuen, alles aufbieten, um gehorsame, willige Arbeiter zu bekommen. Die Jahrgangswahlen von 1887 werden als Vorbild dienen. Aber, zwischen damals und jetzt liegt ein Jahrzehnt sozialdemokratischer Aufklärungsarbeit, ein Jahrzehnt gewerkschaftlicher Erfolge. Eine Bogelscheuche à la Boulanger ließe sich wohl leicht wieder aufreiben, aber das Volk von heute ist nicht das Volk von 1887. Das wissen wir und unsere Gegner sürchten es.

Für den Arbeiter kann die Wahl unter den Parteien nicht schwer werden. Alle, mit Ausnahme der Sozialdemokratie, stehen auf dem Boden unserer heutigen Gesellschaftsordnung. So lange aber diese „Ordnung“ besteht, werden und müssen die Arbeiter rechtlos und unterdrückt bleiben. Die Sozialdemokratie ist aber auch die einzige Partei, die im Reichstag immer für die Interessen der Arbeiter eingetreten ist, während andere Parteien wohl abwechselnd hie und da einmal ihr Parteisüppchen am Feuer der „Arbeiterinteressenpolitik“ wärmen wollten, vor jeder durchgreifenden Maßnahme zum Schutze der Arbeiter aber durch ihre Klasseninteresse zurückgetrieben wurden. Die Arbeiter müßten Narren sein, wenn sie nicht alles daran setzten, die Sozialdemokratie zum Siege zu verhelfen.

Auf wirtschaftlichem Gebiete steht über dem kommenden Jahr das Zeichen der drohenden Krise. Die Erhöhung des Reichsbankdiskonts auf 7 Prozent ist eine Maßnahme, die selbst den Optimisten nachdenklich stimmen muß. Nur einmal, im Oktober 1899, hatte die Reichsbank denselben Diskontsatz und 6 Monate später fanden wir in der Krise. Hoffen wir, daß es diesmal günstiger verlaufe, aber wappnen wir uns auf alles. Kommt die Krise, dann werden die Unternehmer getreu ihrem alten Rezept verfahren; die Folgen des Aufschwungs dem Unternehmer, die Folgen des Niederganges dem Arbeiter. Aber die wachsenden Organisationen der Arbeiter werden einen Strich durch diese schöne Rechnung machen.

Das kommende Jahr wird dem vergangenem an Kämpfen nicht nachstehen. Tausende die wirtschaftlichen Wetterzeichen nicht, so werden wir alle Kräfte anspannen müssen, um uns gegen Verschlechterungsversuche zu wehren; hält aber der günstige Stand der Industrie noch ein weiteres Jahr an, so werden wir alles daransetzen, um den Erfolgen des ver-

gangenen die Erfolge des kommenden Jahres an die Seite stellen zu können.

Die spießbüßische Entrüstung kapitalistischer Profittüger über die wachsende Begehrlichkeit der Arbeiter wird uns in diesem Kampfe nicht stören. Der Kampf wird aber um so eher und um so größeren Erfolg haben, je größer die Zahl der Kämpfer, je besser die Disziplin und je gefüllter unsere Kriegskasse ist.

Wirken wir darum alle dahin, daß diese Vorbedingungen erfüllt werden, dann können wir dem kommenden Jahr ruhig entgegensehen.

Also: Vorwärts im neuen Jahr!

## Die Streiks und Aussperrungen im Jahre 1905.

III.

### Die Aussperrungen.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus nimmt immer schärfere Formen an. Während die Arbeiter sich zu immer festeren Kolonnen zusammenschließen, sucht das koalierte Unternehmertum nach Mitteln, die geeignet erscheinen, jeden Angriff der Arbeitermassen zurückzuweisen. Das beliebteste und bisher für die Unternehmer erfolgreichste Mittel dieser Art ist die Aussperrung, und sie wird mit stets sich steigender Rücksichtslosigkeit und in skrupelloser Weise zur Anwendung gebracht. Diese Aussperrungstaktik haben die Arbeiter scharf zu beobachten, weil ihnen in der Tat damit recht empfindliche Wunden geschlagen werden können. Ein Blick auf die folgende kleine Tabelle zeigt, welche ungeheuren finanziellen Opfer den Arbeitern durch Aussperrungen auferlegt wurden. Von 1900—1905 fanden insgesamt 584 Aussperrungen statt, von denen 251 093 Arbeiter betroffen wurden. Das Jahr 1905 allein weist 253 Aussperrungen auf mit zusammen 144 047 Beteiligten. Es wurden also 1905 rund 3700 Arbeiter mehr ausgesperrt als in den fünf vorhergehenden Jahren zusammen. 9 054 790 Mk. Kosten haben den Arbeitern die Aussperrungen der letzten 6 Jahre verursacht, von denen auf das Jahr 1905 allein 4 193 250 Mark entfielen.

Jahr	Zahl der Aussperrungen	Zahl der beteiligten Personen	Verlust an Arbeitszeit		Gesamtausgabe in Mk.	Resultat in Prozenten		
			Tage	festgestellt für Beteiligte		Erfolgreich	Teilweise erfolgreich	Erfolglos
1900	46	11 680	182 866	8 927	600 493	34,8	24,0	26,0
1901	35	8 460	124 275	6 088	283 576	26,0	26,0	37,1
1902	36	6 791	117 196	4 910	308 023	14,3	14,3	44,4
1903	82	45 763	1 512 771	32 036	1 798 801	39,0	15,8	29,3
1904	112	31 102	607 286	35 579	1 870 647	37,2	25,5	37,2
1905	253	144 047	1 797 256	135 821	4 193 250	21,5	51,5	23,4
Ca.	584	251 093	4 311 650	223 361	9 054 790	27,9	35,3	30,6

Ganz besonders zu beachten ist die Statistik der Unternehmer, nicht nur dann mit Aussperrungen vorzugehen, wenn die Arbeiter zur ArbeitsEinstellung schreiten, um ihren Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen, sondern daß schon bei ausbrechenden Differenzen, ohne daß es zur ArbeitsEinstellung seitens der Arbeiter kommt, von den Unternehmern die Aussperrung verhängt wird. Von den 253 Aussperrungen des Jahres 1905 waren nur 33 die Folge eines Angriffsstreiks. In 3 Fällen war die Ursache zur Aussperrung ein Abwehrstreik. Bei 112 Aussperrungen bildeten lediglich Differenzen wegen Lohnhöhe bzw. Arbeitszeit die Ursache. In 56 Fällen versuchten die Unternehmer den Austritt der Arbeiter aus der Organisation durch Aussperrung zu erzwingen. Außerdem fanden 6 Malaussperrungen statt und in 43 Fällen lagen sonstige Ursachen der Aussperrung zugrunde. In den 33 in Folge eines Angriffsstreiks verhängten Aussperrungen waren 73 207 Personen beteiligt. Für die Arbeiter endete in 3 Fällen mit 8554 Beteiligten die Aussperrung erfolgreich und in 13 Fällen mit 26 197 Beteiligten teilweise erfolgreich. Von 4628 in Folge eines Abwehrstreiks Aussperrungen hatten 3551 vollen und 250 teilweisen Erfolg. Der verlangte Austritt aus der Organisation wurde in 4 Fällen erfolgreich abgewehrt, in 40 Fällen gelang dies nur zum Teil. In den 112 wegen Differenzen bezüglich Lohnhöhe oder Arbeitszeit verhängten Aussperrungen waren 56 202 Arbeiter beteiligt. Für 7409 endeten die Aussperrungen erfolgreich und 18 307 hatten teilweisen Erfolg aufzuweisen. Es wurde in 12 Fällen vollen, in 68 Fällen teilweisen und in 28 Fällen kein Erfolg erzielt. Von den aus sonstigen Ursachen verhängten 43 Aussperrungen waren 25 für die Arbeiter erfolgreich und 4 teilweise erfolgreich. Vollen Erfolg hatten 5878 und teilweisen Erfolg 458 Aussperrungen. Von sämtlichen Aussperrungen des Jahres 1905 verliefen 21,4 Proz. erfolgreich, 51,4 Proz. hatten teilweisen und 23,5 Proz. keinen Erfolg für die Ar-

weiter. Für die erfolgreich beendeten Aussperrungen konnten 26 046 = 18,1 Proz. aller Aussperrten und für die teilweise erfolgreich beendeten Aussperrungen 46 252 = 32,1 Prozent sämtlicher Aussperrten in Betracht.

Während von den Streiks mehr als die Hälfte (57,9 Proz. der Angriffs- und 53,9 Proz. der Abwehrstreiks) mit vollem Erfolg durchgeführt werden konnten, verliefen die Aussperrungen weit ungünstiger für die Arbeiter, indem nur 21,4 Proz. vollen Erfolg aufzuweisen hatten. Wenn die Unternehmer zur Aussperrung schreiten, befinden sie sich in der Regel von vornherein in einer günstigen Situation und die Statistik zeigt, daß, je umfangreicher die Aussperrungen sind, um so geringer der Erfolg für die Arbeiter ist. Von 25 Aussperrungen in der Metallindustrie, bei denen etwa 60 000 Arbeiter in Frage kommen, endeten nur 5 mit vollem Erfolg, und gerade diese waren die unbedeutendsten, denn es wurden davon insgesamt nur 4465, also 7,4 Proz. aller in der Metallindustrie Aussperrten betroffen. Von 66 Aussperrungen der Maurer hatten nur 3 vollen Erfolg, und dieser Erfolg kam von über 12 000 Aussperrten nur 322 zugute. Wenn auch für eine große Zahl Aussperrter noch ein teilweiser Erfolg erzielt wurde, so ist doch in Anbetracht der riesigen Opfer, die hierfür gebracht werden mußten, das Ergebnis sehr minimal. Wir sehen also, daß die Aussperrungen sehr wohl geeignet sind, uns den Kampf zu erschwern, wenn es den Unternehmern auch nicht gelingt, damit den Arbeitern die Kampflust zu rauben, oder ihren Kampfesmut auch nur irgendwie zu beeinträchtigen. Erdwarm wird uns der Kampf und trotzdem haben wir Jahr für Jahr größere Erfolge aufzuweisen.

Schätzten wir uns die Zahlen der in den Jahren von 1890 bis 1905 ohne Erfolg beendeten Kämpfe, so schließt das Jahr 1905 günstiger ab, als je ein Jahr vorher. In den Jahren 1890 bis 1899 verliefen 25,2 Proz. aller Streiks und Aussperrungen erfolglos. 1900 waren es 25,5 Proz., dann 26,9 Proz., 36,9 Proz., 28,5 Proz., 22,1 Proz. und 1905 nur 21,0 Proz. Wir haben also gar keine Ursache, pessimistisch zu sein, aber es darf nicht außer Beachtung gelassen werden, daß bei so umfangreichen Kämpfen, wie wir sie im Jahre 1905 zu verzeichnen hatten, die einzelnen im Kampfe stehenden Organisationen nicht immer in der Lage sind, die zur Führung des Kampfes erforderlichen Mittel selbst anzubringen. Während 1904 95,4 Proz., 1903 88,8 Proz. und 1902 91,2 Proz. der Gesamtausgaben aus den Kassen der kämpfenden Organisationen gedeckt wurden, sind 1905 nur 74,3 Proz. der Gesamtausgaben aus den Kassen der kämpfenden Organisationen aufgebracht worden. Es ist ferner zu erwägen, daß bei Aussperrungen, viel mehr als dies bei Streiks der Fall ist, mehrere Organisationen zu gleicher Zeit in einen Kampf verwickelt und dadurch finanziell geschwächt werden.

So umfangreich die Kämpfe des Jahres 1905 sich auch gefaltet, sie sind gewissermaßen doch nur als Vorpostenkampf eines seiner Entwicklung entgegenstehenden großen, schweren Kampfes zu betrachten, eines Kampfes, in dem das wirtschaftliche Vorkriegs- und um seine Freiheit kämpfende Proletariat noch gewaltige Opfer zu bringen bereit sein muß, wenn es endlich das Joch des Kapitalismus abschütteln will. Und für diesen Entscheidungskampf haben wir uns, haben unsere Organisationen sich vorbereitet. Einmal ist sicher, die gemeinschaftlichen Organisationen werden immer mehr als berufene Vertretungsgeschäft für den Kampf anerkannt. Das wird dadurch bewiesen, daß 1905 in 1682 Fällen die Kämpfe durch Vergleich beigelegt wurden, von denen nur 319 durch Verhandlungen der einzelnen Unternehmer mit ihren Arbeitern, also unter Ausschaltung der Organisation beigelegt wurden, während in allen übrigen Fällen die Unterhandlungen von Vertretern der Organisationen geführt werden sind. Dieser Einfluß der Gemeinschaften wird um so mehr bei Geltung verschaffen, je stärker die einzelnen Organisationen werden und je mehr die Solidarität der Arbeiterschaft im Kampfe zum Ausdruck kommt. Die wesentliche Stärke der Organisation liegt aber darin, daß ihre Mitglieder dauernd derselben angehören, um dort gesamt und für den Kampf vorbereitet werden zu können. Auf die Elemente, die erst bei Beginn eines Kampfes der Organisation beitreten, ist nicht zu bauen. In Disziplin nicht gewohnt, von der Notwendigkeit des Kampfes nicht genügend durchdrungen, lassen sie sich am wenigsten durch die Verlockungen der Unternehmer locken und werden oft jähzuliehend gerade dann, wenn etwas Zusammentreffen am wichtigsten ist. Man gewöhnt sich aber die Statistik in dieser Beziehung ein bestimmendes Bild. Von 365 273 in die Statistik eingetragenen waren bei Beginn des Kampfes 255 591 und jede Woche vor Beginn des Kampfes nur 188 591 registriert. Hier zeigt sich, welche umfangreiche Organisationsarbeit noch zu verrichten ist, bis die Gewerkschaften die notwendige Massenhaftigkeit erreicht haben. Es gilt, alle notwendigen Pläne der Organisationsarbeit und der Kampfabteilung zu durchdenken, es gilt, alles auf dem Wege zu räumen, was geeignet ist, die Entwicklung der Gewerkschaften zu hemmen. Es gilt ferner, unabhängig die Unterorganisationsarbeit zu tun und lassen das Verhältnis für den Organisationsdienst der Arbeiterklasse begünstigen. Aber auch ein anderer Punkt der Organisationsarbeit selbst muß sorgfältig gewahrt, die Zusammensetzung der Gewerkschaften gefördert und mit einer immer engeren Zusammenfassung der Arbeiterklasse hingewandelt werden. Gegenüber dem bestmöglichen arbeitenden Unterorganisationsdienst kann nur die im Organisationsdienst liegende Aufgabe einer einheitlich getragenen politischen Kampfbewegung der Arbeiterklasse hervorgehoben werden. Es gilt, alles auf dem Wege zu räumen, was geeignet ist, die Entwicklung der Gewerkschaften zu hemmen und unsere Arbeiter durch einheitlich zu bringen. Und es gilt endlich zu sein, schärfen wir die organisatorische Organisationsarbeit unter dem Trade Internationalen Kampfbewegung hervor.

E. Strausz

## Wie Arbeiterkühnverordnungen vorberaten werden.

Die Dresdener Handelskammer beschloß, sich mit einem Begehren des Bundesrats zur Verhängung der Kühlverordnungen an der keramischen Industrie. Der Referent bezeugte den Entwurf als eine Gefahr für die keramische Industrie und erklärte, daß der Verband der betreffenden Industrie einen Gegenentwurf ausgearbeitet habe, der ebenfalls von „größtem Wohlwollen“ für die Arbeiter zeugt. In Nummer 35 des „Sprechsaal“, Zeitschrift für die Interessen der keramischen Industrie, ist der Regierungs-Entwurf abgedruckt mit der ausdrücklichen Bemerkung, daß er von den Gewerbe-Inspektoren zur Begutachtung unterbreitet sei.

Auf Grund der oben erwähnten Stellungnahme der Dresdener Handelskammer ersuchte der Vertrauensmann der Zahlstelle Meissen unseres Verbandes, die zum größten Teil aus Arbeitern der keramischen Industrie besteht, die Gewerbeinspektion, auch den Arbeitern Gelegenheit zur Begutachtung des Entwurfes zu geben. Das lehnte sie, obwohl sie den Unternehmern ausdrücklich Gelegenheit zur Meinungsäußerung gegeben hatte, ab. Der Kollege wandte sich darauf an das Ministerium des Innern mit dem Ersuchen, der Arbeiterorganisation ebenso wie der Unternehmer-Organisation den Entwurf zu unterbreiten. Er erhielt keinen Entwurf, dafür aber folgendes Schreiben:

Auf Ihr Schreiben vom 13. laufenden Monats wird Ihnen hierdurch eröffnet, daß zwar von dem Herrn Reichsminister der erste Entwurf einer Verordnung betreffend die Bekämpfung der Bleigehalt in den Anlagen zur Herstellung oder Bearbeitung von Isoteren aufgestellt und den Landesregierungen zur Billigung durch die Gewerbeämter und zur Meinungsäußerung zugestellt worden ist. Ein Gehör der Handelskammer hat aber bisher ebensowenig stattgefunden, wie das von Arbeiter-Vertretungen. Daß der Herr Reichsminister der Vorrichtung in § 120 e Absatz 2 der Gewerbeordnung genügen und hierdurch den beteiligten Arbeitern Gelegenheit bieten wird, ihre Meinung zur Geltung zu bringen, steht außer allem Zweifel. Hierdurch erkräftigt sich aber die weitere Behandlung der Sache im Arbeitskreise.

Ministerium des Innern

Abteilung für Ackerbau, Handel und Gewerbe.

Dr. Köstler.

Man bestimmt § 120 e der Gewerbeordnung, daß der Bundesrat vor Erlass von Vorschriften für bestimmte Anlagen die Verbände der betreffenden Berufsvereinigungen zur gutachtlichen Äußerung auffordern muß, der Vorstand der Berufsvereinigungen aber ist verpflichtet, zu dieser Begutachtung die auf Grund des § 41 des Unfallversicherungs-Gesetzes gewählten Arbeitervertreter zuzuziehen. Wenn aber das Ministerium diese Begutachtung für genügend hält, was ist unseres Erachtens nicht ist, wie kommt dann die Dresdener Handelskammer zu ihrer Stellungnahme? und wer hat der Redaktion des „Sprechsaal“ den Entwurf unterbreitet? Wie kommt es, daß die Gewerbeinspektoren ausführliche Gutachten bei den Unternehmern einholen und Vertretern der Arbeiter, die den Entwurf einsehen wollen, das „Antisegheimnis“ vorschlagen? Wie kommt vor allem das Ministerium dazu, den Arbeitern den Entwurf vorzuenthalten, sowohl den Unternehmern sowohl einzeln wie auch in ihren Organisationen ausdrücklich Gelegenheit zur Bekämpfung dieses wichtigen Arbeiterkühn gegeben wurde?

Wir halten eine ausführliche Beprobung dieses Entwurfs für unbedingt nötig, nicht weil wir darin eine Gefahr für die keramische Industrie sehen, sondern weil die Gefahr für die Gesundheit der Arbeiterschaft in eben dieser Industrie durch diesen Entwurf wenig aber gar nicht gemindert wird. Wir verlangen aber, daß nicht den Unternehmern Gelegenheit gegeben wird, ihren einseitigen Interessensstandpunkt hervorzuheben, während man die Äußerung der beteiligten Arbeiter für unwichtig erklärt.

Wir sind ferner der Meinung, daß, da die Unternehmer durch den Entwurf nur an ihrem Profit, die Arbeiter aber an ihrer Gesundheit beeinträchtigt werden, die letzteren das größere Interesse an der Bekämpfung des Gesetzes haben.

## Soziale Rundschau.

— **Lehrreiche Zahlen** enthalten Plakate, die die Fleischer in einigen Städten aushängen, um den Fleischwürger zahlenmäßig nachzuweisen.

Ein Schwein kostete lebend vor dem 1. März 1906 an Zoll pro Stück . . .	Mk 5.—
Seht jetzt es pro 100 Kilogramm . . .	9.—
Einfuhr ist aber so gut wie verboten.	
Ein Schwein von 100 Kilogramm Lebendgewicht wiegt jetzt geschlachteter 80 Kilogramm und kostet an Zoll und Verchargegebühren jetzt . . .	25.—
Da nun aber auch frischgeschlachtete Schweine nur vereinzelt eingeführt werden dürfen, würde ein solches Schwein, geschlagen eingeführt, ohne Kopf und Huten 72 Kilogramm wiegen und an Zoll und Vercharge kosten . . .	30.—
Also Steigerung von Mk 5.— auf Mark 30.— gleich 600 Prozent.	
Eine Kuh oder ein Stalle kostete an Vercharge vor dem 1. März 1906 pro Hant jetzt ist der Zoll pro 100 Kilogramm . . .	8.—
und kostet ein Tier von 500 Kilogramm lebend . . .	40.—
Das sind 150 Prozent Steigerung.	
Da aber Lebendvieh nur vereinzelt eingeführt und nach durch Quarantäne und Impfung kontrolliert wird, auch frischgeschlachtete eingeführt werden, so daß das Kind von 500 Kilogramm an Zoll und Verchargegebühren, geschlachteter 275 Kilogramm wiegend, kostet . . .	82.50
Also Steigerung aber 900 Prozent.	

Wenn aber die Arbeiter eine den Lebensmittelverhältnissen nach einzelngehende Lohnverhütung bekommen, schreit das Unternehmertum Peter und Paul.

— Das Werk der Zollwächter. Ueber Betriebsverlegungen nach dem Auslande infolge der neuen Handelsverträge hat die Vereinigung für die Zollfragen der Papierverarbeitenden Industrie und des Papierhandels zugleich im Namen des Papierfabrikantenverbandes an das Reichsamts des Innern einen eingehenden Bericht erstattet.

Zwar sei der gegenwärtige Stand aus bekannten Gründen (Hochkonjunktur in Deutschland, politische Unruhen im Ausland, kurze Zeit seit Inkrafttreten der neuen Verträge) wenig geeignet, ein abschließendes Urteil über die wichtige Frage zu fällen; inwiefern habe die Verlegung industrieller Anlagen nach dem Auslande schon jetzt ihren Anfang genommen, und man siehe vor einer Bewegung, die nach Abflauen der gegenwärtigen Konjunktur im Laufe der nächsten Jahre voraussichtlich größere Dimensionen annehmen werde. Allerdings handle es sich dabei nicht immer um eine vollständige Umsiedlung von industriellen Unternehmungen, besaen Errichtung von Filialen im Auslande, sondern um einen in den verschiedenen Formen auftretenden Übergang von Arbeitsgelegenheit zugunsten des Auslandes und zum Schaden der heimischen Industrie. So werden infolge der neuen Handelsverträge bereits bestehende Auslandsfabriken deutscher Firmen durch Aufnahme weiterer Spezialitäten erweitert und bloße Verkaufsstellen im Auslande zu Fabrikanlagen umgewandelt. Es werden mancherlei Teilarbeiten nunmehr im Auslande hergestellt bezw. werden an Stelle des Fertigungsfabrikats Halbfabrikate exportiert, die erst im Auslande fertig gemacht werden. Es werden ferner Teilarbeiten, die das Ausland bisher u. Deutschland bezog, infolge der neuen Verträge nicht mehr nach Deutschland versandt. Es werden die verschiedenen Mittel der Betriebspropaganda wie Preislisten, Prospekte, Plakate und sonstige Kellamedien infolge der hohen ausländischen Zölle auf diese Weise nicht mehr in Deutschland verbreitet, sondern in denjenigen Ländern, für welche die in den Verträgen und angebotenen Zinsfuß zum Verkauf gebracht werden, wodurch speziell der Papier- und Druckindustrie ein erheblicher Verlust an Arbeitsgelegenheit entsteht. Es werden Neugründungen und Betriebsverlagerungen im Auslande vermehrt und statt dessen Neugründungen im Auslande von deutschen Unternehmern vorgekommen sein.

Und die Arbeiter haben die Folgen des Zollwüchters nicht nur in Form erhöhter Warenpreise, sondern auch durch verminderte Arbeitsgelegenheit, die sich in vollem Umfang allerdings erst nach dem Abflauen der jetzigen Hochkonjunktur bemerkbar machen wird, zu tragen. Bei den bevorstehenden Wahlen werden sie's den Sozialdemokraten gedenken.

— **Zeimruten für ostpreussische und masurische Arbeiter.** In den Wirtschaften an der ostpreussischen Grenze werden Plakate angeschlossen mit folgendem Inhalt:

### **Lächelige Plagarbeiter gefragt!**

**Aufmerksamkeit!** Ihre Güter sind herbeigekommen, die Geldarbeiten sind auch fast zu Ende! Der lange Winter ohne Arbeit und ohne Verdienst ist nahe. Kommt zu uns nach dem Rheinlande und heißt uns unsere vielen Arbeiter erlösen. Als Plagarbeiter kommt ihr wenig mit Wälschen in Verzögerung, so daß die Gefahr nicht zu groß ist.

Unser Jahrliegt in Meiderich, 18 Minuten von der Station, wo schon mehrere Hunderte von euren Brüdern arbeiten. Wir haben die Öfen schon ganz, weil sie endlich und fleißig sind!

Wir besitzen auch die Fahrt bis nach Meiderich und geben euch anfangs einen Tagelohn von 4 Mk. Wenn ihr euch eingearbeitet habt, könnt ihr in Alford mehr verdienen.

Wer also von euch in Winter etwas verdienen will, sage das seinem Gastwirt. Der schreibt es dann an uns. Euer winterlicher Verdienst wird ab dann in einigen Tagen zu euch kommen.

Rheinische Stadtwerke, Meiderich.

Es ist das eigentliche ein janderbare Art und Weise, Arbeiter aus den künftigen Gewerkschaften für die „Knochenschäden“ der industriellen Kultur zu erlösen. Namentlich knappt der Satz: „Wer etwas verdienen will, sage das seinem Gastwirt.“

Wissen denn die Rheinischen Stadtwerke so genau, ob die naturlichen Landarbeiter überhaupt Geld zum Winterüberleben haben? Wenn ja, welches Interesse sollen denn die masurischen Gastwirte daran haben, ihre Kunden in die Gewerkschaften des Weltens zu schicken? Nun, diese Frage und zugleich die maß der sonderbaren Art der Ausbreitung beantwortet ein der Plakate an die naturlichen Gastwirte beigefügter Zettel folgenden Inhalts:

Streng vertraulich!  
(Nur für den Empfänger.)

Wir bitten Sie, sich in unserem Interesse zu bemühen und Leute für uns zu suchen. Für jeden Mann erhalten Sie von uns eine Vergütung von 3 Mark. Sie wollen so freundlich sein und die Anzahl der Leute, die sich gemeldet haben, sofort uns melden, wasand sich bald ein Werkmeister bei Ihnen einfinden wird.

— **Aljo für den Judenstaat von 3 Mark** sollen die masurischen Wirte ihre Gäste an die profuhungrigen Kulturwerke verkaufen. Es fragt sich nur, ob die Wirte ebenso gewissenlos sind, wie diejenigen, die ihnen diesen modernen Menschenfang zusetzen.

— **Chinesische Kulis in Ungarn.** Der landwirtschaftliche Verein des Befeher Komitates hat vor einiger Zeit auf Antrag des Grafen Wendenheim den einstimmigen Beschluß gefaßt, daß, für den Fall, daß sich die einheimischen Erntearbeiter weigern, bis 31. Januar Ernteverträge abzuschließen, 15—20 000 Kulis aus China eingeführt werden sollen. Dieser Beschluß ist den Arbeitern durch öffentlichen Anschlag zur Kenntnis gebracht. Man will dadurch die Erntearbeiter einschüchtern und sie veranlassen, die Verträge zu einer Zeit abzuschließen, die ihnen ungünstig ist. Die ungarischen Landarbeiter werden sich durch diese Drohung keineswegs beirren lassen, und sie haben begründete Ansichten, daß sie mit ihrer verhältnismäßig guten Organisation des Grundbesitzern einige Vorteile abtropfen werden. — Ganz abgesehen davon nun, ob und welchen Erfolg die Drohung der Grundbesitzer schließlich hat, ist der Beschluß der Regierung im höchsten Grade charakteristisch für unsere ganze Wirtschaftspolitik. Aus Ungarn wandern bekanntlich alljährlich viele Tausende nach überseeischen Ländern aus, weil die Heimat sie nicht ernähren kann; Seefahrtsgesellschaften, Auswanderungsgesellschaften und sogar Regierungsmänner sind beghig, die Menschen in elendern Auswanderungsläften über den Ocean zu helfen, während gegen guten Verdienst über der anderen Seite fast man den Plan, aus dem jetzigen Osten indonesische Arbeiter zu empfangen, die in ihren Verhältnissen weit unter den ungarischen Arbeitstieren stehen.

Aus dem Transport der Autos und ihren Kabinen auf den Bekleidungen des ungarischen Adels werden wiederum große Profite herausgeschlagen.

Das hindert natürlich die ungarischen Magnaten ebensowenig wie die preussischen Junker, die ja ebenfalls mit dem Plane der Einführung von Autos schwanger gehen, aber die internationale Vaterlandlose Sozialdemokratie zu schlumpfen.

— Aufnahme zum Haushaltsschutz. Vom 1. Januar 1907 ab werden in einer Reihe von Städten auf Anregung des Reichstatistischen Amtes unter Leitung der Statistischen Ämter der betreffenden Städte Erhebungen über Wirtschaftsvorgänge mittelständiger Familien stattfinden.

Als Erhebungszentren sollen die Statistischen Ämter der Städte wirken, da sie den Verhältnissen am nächsten liegen. Sie wählen im Zusammen mit den Kreisämtern, Kreisämtern, Landräuten und sonstigen Organen die geeigneten Familien aus, an die werden die Haushaltserhebungen abgelesen. Wichtig liegt die Prüfung des Ummaterials ob und in übernehmend auch die erste Aufbereitung. Die weitere Konsolidierung des auch geführten und gepflegten Materials fällt wie die weitere Bearbeitung dem Reichstatistischen Amt zu.

Bei der Auswahl der Familien wird darauf acht gegeben, nicht nur Arbeiterhaushalte in die Erhebung einzubeziehen, sondern vielmehr die Erhebung überhaupt auf Haushaltungen mittelständiger Familien auszuweisen. Es ist daher nur eine Obergrenze des Einkommens, nämlich 3000 Mk., als Höchstmaß für die Auswahl der Familien, die sich an der Erhebung beteiligen sollen, vorgesehene.

Die Haushaltserhebungen, die zur Aufgabe gelangen, enthalten auf der ersten Seite eine Reihe von Fragen, die sich auf Beruf, Zusammensetzung der Familie nach Geschlecht und Lebensalter, sowie auf das Einkommen und seine Zusammensetzung beziehen, im übrigen sind die als einfache Aufgabebilder gestaltet. Für jeden Tag ist eine besondere Seite vorgesehen; der Inhalt des Buches ist, wesensweise zusammenhängend herauf, so ist offensichtlich die Ablieferung an das Reichstatistische Amt erfolgen kann, welches die Angaben überträgt und prüft.

Die Erhebungen werden sich über das ganze Jahr 1907 erstrecken. Wenn auch Wirtschaftsvorgänge, die sich auf ein einzelnes Jahr erstrecken, immerhin nur einen bedingten Wert haben und an sich vielleicht eine Ausdehnung auf eine Reihe von Jahren wünschenswert erscheinen, so würde die Durchführung für länger als ein Jahr wohl ungewöhnlichen Schwierigkeiten begegnen. Es handelt sich hier um einen ersten Versuch, Wirtschaftsvorgänge in größerem Maßstabe zu gewinnen; auch in dieser Hinsicht wird er nicht ganz ohne Wert sein. Das Reichstatistische Amt gibt sich der Hoffnung hin, die Ergebnisse dieser Erhebung im Jahre 1908 der Öffentlichkeit unterbreiten zu können.

Eine derartige Statistik ist nur zu begrüßen, wird aber, soweit sie Arbeiter umfassen soll, nur Erfolg haben, wenn man die gewerkschaftlichen Organisationen dafür interessiert, da die Arbeiter den Statistiken, die von anderer Seite kommen, nicht immer trauen.

Eine Frage gestatten wir uns noch: Für wieviele Jahre, vom 1. April 1903 bis 1. April 1904, wurden vom Statistischen Amt der Stadt Dresden benutzte Aufnahmen gemacht? Sie erstrecken sich auf annähernd 200 Personen, die allerdings im Laufe des Jahres auf ca. 50 zusammengeschmolzen. Am 1. April 1904 war die Aufnahme beendet, heute, am Ende des Jahres 1906, ist noch keine Verarbeitung erschienen. Warum nicht?

— Ueber den Arbeitsmarkt im Monat November meldet das „Reichsarbeitsblatt“:

Der Beschäftigungsgrad in der Zieglerei war verhältnismäßig gut, er war gegen Oktober etwas schlechter, aber besser gegenüber November 1905. Lohnveränderungen kamen nicht vor, hingegen Verkürzungen der Arbeitszeit. So wurde am 31. Oktober in Dormitz in einer Versammlung, in der die Zieglereibesitzer des rheinisch-westfälischen Industriebezirks, eine Abordnung des Gewerkschaftsbundes der Ziegler und die Zieglereibesitzer vertreten waren, der Beschluß gefaßt, den Zieglerarbeitern den Zwölftandtag zu bewilligen. (Diese großmütige Bewilligung spricht Hände über die soziale Einsicht der Herren. Es wird wirklich hohe Zeit, daß sich die Arbeiter in den Zieglereien durch Anschluß an die Organisation menschenwürdige Zustände erkämpfen.) In der Steingutindustrie war die Beschäftigung teils wie im Oktober.

Die Chamotte- und Zementfabriken hatten gut zu tun. Besonders in der Chamotteindustrie war die Beschäftigung viel besser als im November 1905. In der Chamotteindustrie fehlten angeblich Arbeitskräfte, in der Zementindustrie fand Ueberarbeit statt.

Die Arbeitstage in der chemischen Industrie war normal. Die chemische Großindustrie war gut beschäftigt.

Die Holzindustrie hatte durchweg zu tun, teilweise besser wie im Oktober.

In der Nürnberger Spielwarenindustrie war der Beschäftigungsgrad recht gut.

Die Papierindustrie hatte im allgemeinen eine gute Beschäftigung, zum Teil war sie besser wie im Sommer.

Und trotz dieses geradezu glänzenden Geschäftsganges schreien die Unternehmer Jeter und Werd, wenn irgendwo die Arbeiter eine bessere Bezahlung ihrer Arbeitskraft verlangen, um eine Verschlechterung ihrer Lebenslage infolge der verteuerten Lebensmittel abzuwehren.

— Wieder eine Lumperei der Christlichen. In der Befelschen Schuhfabrik in Augsburg traten die Schuhmacher in eine Bewegung ein und erzogen auf Grund ihrer starken Organisation einen großen Erfolg: neunwändige Arbeitszeit, 15 Proz. Lohnerhöhung und anderes mehr. Während nun die Arbeiter mit dem Unternehmer in Unterhandlung standen, schlichen sich die Christlichen zum Fabrikanten und boten sich an, einen Tarifvertrag abzuschließen, der für den Unternehmer billiger wäre, als der von den freien Gewerkschaften unterbreitete. Der Unternehmer aber sagte den schwarzen Brüdern, sie sollten nur wieder an ihre Arbeit gehen, und wenn sie erst einmal so stark seien wie die Waten, dann sollten sie wiederkommen.

Die Häftlinge der Strafkolonie wird also schon den Unternehmern zum Ziel.

Der Verein der Deutschen Metallarbeiter hat am 14. Dezember in Berlin eine Versammlung abgehalten und die Gründung eines Arbeitereinheitsverbandes in der Metallindustrie vorläufig beschlossen. Der Verein wurde über die Arbeiterfrage gelagert die Auffassung zum Ausdruck, daß der Verein hierzu keine Stellung nehmen, sondern es jedem einzelnen Werk überlassen wollen, seine Arbeitsverhältnisse zu regeln.

Wichtig bemerkt, daß die „Arbeitsangelegenheit“: Es bleibt dahingestellt, ob diese Politik zu gutem Erfolg führen wird. „Für ein Einigkeit“ hat der Unternehmern gegenüber, wenn aber eine Vereinigung behauptet, vollständig dem einzelnen Unternehmer die Herrschaft im Betriebe zu überlassen, so ist dies dem Organ für die schärfste Wahrung der Interessen der Arbeiter ein Verstoß.

Die „Gewerkschaft“ liefert sich gelegentlich der Rechtfertigung über die Beendigung des Streiks in der Hannoverischen Gunstwaren-Fabrik folgenden Sätze:

„Ob denn die Arbeiter angesichts der fortgesetzten Misserfolge der Streiks in der Gunstwarenfabrik nicht endlich zu der Einsicht kommen werden, daß sie mit ihren Vorsetzern nicht erwachen und daß alle Versuche, den Fabrikanten die Herrschaft im eigenen Betriebe freizugeben, schließlich schiefgehen müssen! Schade, daß diejenigen, die die Streiks angezettelt und Hunderte von Arbeitern am Lohn und Brot hängen, dafür nicht zur Rechenschaft gezogen werden können.“

Wir gestatten uns, dieses bloße Geschreibsel ein klein wenig zu ändern und einen verständigen, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Satz daraus zu machen:

„Ob denn die Unternehmer angesichts der fortgesetzten Kämpfe der Arbeiter in der Gunstwarenfabrik nicht endlich zu der Einsicht kommen werden, daß sie die Löhne und Arbeitsbedingungen besser stellen, und daß alle Versuche, die Arbeiter im Joche der heruntergewirtschafteten Fabrikation zu halten, schließlich scheitern werden! Schade, daß diejenigen, die durch ihre maßlose Proffigkeit die Arbeiter zu Streiks zwingen und durch brutale Maßregelung Hunderte am Lohn und Brot bringen, dafür nicht zur Rechenschaft gezogen werden können.“

Ein Dicker! Jedesfalls um unerwünschten Auseinandersetzungen vorzubeugen, ließ die Verwaltung der Schlesischen Kohlen- und Erzwerke die diesjährige Generalversammlung im Zustande, in Wien, stattfinden. Es fand sich aber doch ein Kritiker, der das unbehagliche finanzielle Ergebnis auf die vollständig verfehlte Vohypothek der Verwaltung zurückführte. Dafür wurde der Kritiker, Bankier Jaxironsky-Berlin, von verschiedenen Verwaltungsmitgliedern als Gezer abgekanzelt. So ergab es jedem, der für vernünftige Vohypothek eintritt, selbst wenn er es aus persönlichem Interesse als Aktionär tut. Das Jaxironsky material durchaus recht hatte, bewies er in einer Zuschrift an das „N. L.“ Er schreibt u. a.:

„Im Geschäftsbericht der Gesellschaft ist ausgeführt, daß der Arbeitermangel jetzt einen nie dagewesenen Umfang erreicht, und daß der Verlust von 501 445 Mk. lediglich in dem erwähnten Streik seine Ursache hat. Es war deshalb selbstverständlich, daß ich den Streik und dessen Ursachen in der Generalversammlung besprach und auf die im Geschäftsbericht ganz besonders erwähnten Lohnverhältnisse eingieng. Der Durchschnittslohn aller Arbeiter liegt von 2,87 auf 2,98 Mk. und beträgt jetzt 3,09 Mk. Die Preise der Lebensmittel sind wie allbekannt stark gestiegen. Mit Rücksicht auf diese Verhältnisse mußte ich die Löhne in der Generalversammlung, welche sechs Monate nach Beendigung des Streiks stattfand, als minderwertig bezeichnen. Noch mehr habe ich vorher über Arbeiterverhältnisse in Gottesberg ein Wort gesprochen. Ich habe nur bei Beginn des Streiks die Direktoren gebeten, den Verhältnissen Rechnung zu tragen. Von diesem meinen Ratze hat niemand etwas erfahren. Und das nennt Herr Festmann (von der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft) die Arbeiter ausbeuten! Nicht der heißt die Arbeiter auf, welcher nach einem beendeten Streik die Löhne in objektiver Weise bespricht, sondern derjenige, welcher die Lohnverhältnisse der Konkurrenzreviere unberücksichtigt läßt und den berechtigten Anforderungen der Arbeiter nicht so rechtzeitig Rechnung trägt, daß es darum zu einem Streik kommt.“

Drei Mark neun Pfennige Durchschnittslohn, damit soll eine Arbeiterfamilie bei den jetzigen Wohn- und Lebensmittelpreisen auskommen. Und wer solche Löhne als minderwertig bezeichnet, der ist ein Gezer. Arbeiter, merkt euch das für die Reichstagswahl! Nicht die alte Reichstagsmehrheit in ungewänderter Stärke wieder in den Reichstag ein, dann wird allen „Gezern“ und „Verketzen“ ein Ansehn angelegt, damit die Ausbeuter nicht mehr in der Lage sind, durch Streiks die minderwertigen Löhne aufzubessern.

Nieder mit den Altmetallern gegen das Streikrecht!

— Zweierlei Recht. Vor dem Schöffengericht zu Remscheid a. d. S. hatten sich dieser Tage zwei Mannereiferer zu verantworten, die gelegentlich des Arbeiterstreiks in Hofsloh auf der Straße zwei Arbeiter überfallen hatten, die nicht das geringste von ihnen wollten. Lediglich der Grund, daß sich die Leute in einer Wirtschaft als Sozialdemokraten erklärt hatten, genügte dem Richter, die Arbeiter zu Boden zu werfen und mit den Schämern daran zu mißhandeln, daß sie zehn Tage arbeitsunfähig waren. Dem einen wurde ein Gehörknöchelchen zerbrochen und auf beiden wurde mit den Fäusten herumgeframpelt. Die beiden Rauffolde wurden zu 35 Mk. bzw. 9 Mk. Geldstrafe verurteilt.

In anderen Fällen war der Angeklagte ein Spinner, der am Landreiter Webersreit beteiligt war. Er wurde ebenfalls auf der Straße von einem Burfchen angehalten, dessen Schwester Streikbrecherdienste leistete. Dieser Burfche hatte nun aus irgend einem Grunde den „Ginzus“, daß der Spinner ihm aufpassen sollte, und richtete eine entsprechende Frage an ihn. Dadurch geriet der Spinner in Zorn und versetzte dem anderen eine einzige Ohrfeige. Der Amtsanwalt führte aus, unter normalen Umständen könnte, da die Ohrfeige keinerlei Nachteil mit sich brachte, eine geringe Strafe genügen, aber mit Rücksicht, daß die Tat unter dem Einfluß der Streikmüdigung geschehen sei, müsse eine empfindliche Freiheitsstrafe eintreten. Er beantragte 14 Tage, das Gericht erkannte auf fünf Tage Gefängnis.

Konferenz des Gaus 11 (Schlesien).

Eine Konferenz sämtlicher Parteileiter Schlesiens und der Ob- und Unter-Lasche am Sonntag, 16. Dezember, im Gewerkschaftsheim zu Breslau. Zwölf Parteileiter waren durch ihre Leiter, Breslau und Stragau durch je zwei Delegierte vertreten. Gauleiter Joppich referierte über: Die Beziehungen zur Agitation in Schlesien unter Berücksichtigung des einzelnen Industriezweigs am schlesischen Parteileiter bewertete Redner, daß dieses Thema behandelt werden sollte, um die Leiter der Parteileiter diejenigen Industriezweige, welche für den Parteibereichsverband in erster Linie in Frage kommen, nach der Beschäftigung zu vergleichen. Da sei es zunächst die chemische Industrie, welche in Schlesien besonders stark vertreten ist, wo aber gerade in dieser Industrie wenig getan worden sei. Redner führt nun an der Hand zahlreichen Material die Lage der Arbeiter in der chemischen Großindustrie an, welche bei niedriger Bezahlung eine ungewöhnlich lange Arbeitszeit haben, während die Unternehmer riesige Gewinne in ihre Taschen heben. Desgleichen sei es mit den Landwirten von Arbeitern und Arbeiterinnen in der Papierindustrie, welche noch höheres Gehalt haben, hier glücken mehrere Kollegen immer etwas besser zu sein, und trotzdem haben die Arbeiter der Papierindustrie nur Löhne von 16—22 Pf. pro Stunde. Die Kollegen lassen sich hier durch sogenannte Wohlfahrtsvereine und Personalförderung von den Arbeitgebern über ihre eigene Lage hinwegführen und werden der Organisation fern. Des weiteren weist Redner auf die Arbeiter der Textilindustrie, Papierfabrikation, Hüttenwerke und der Landwirter hin und kommt zu dem Resultat, daß wir alle Ursache haben, uns für diese Arbeiter ins Zeug zu legen und einmal diejenigen Betriebe, wo wir nicht zahlreich sind, auch dem Spiel zu lassen. Es gilt unsere Organisation zu stärken, um den Unternehmern, welche vom Tag zu Tag neue Ausbeutertrümpfe erheben, gegenüberzutreten zu können. Es kann so wie die Unternehmer der Metallindustrie, so werden auch die Unternehmer der chemischen Industrie, der Papierindustrie, der Hüttenwerke u. s. w. zum Mittel der Ausbeutung greifen, wenn unsere Kollegen sich ihre Forderungen nicht vertreten können für Schließen. Dies hätte schon früher geschehen müssen, dann wäre auch hier die Organisation bereits besser bestellt. Wir hätten dem anderen Organisationen und den Schließlichen zu viel Zeit gelassen und jetzt würde es nur zu spät sein, besonders zu kommen. Er erklärt, daß für Stragau und Umgebung schon jetzt die Anstellung eines Parteiführers notwendig wäre, weil die Schließlichen bei ihnen kaum irgendwelche Kenntnisse einem Deputierten hätten. Diese sollten eben, daß dort noch viel zu holen sei. Er schildert die Lage der Eisenarbeiter, Hüttenarbeiter, der chemischen Industrie und meint, der Redner habe deren Lage noch viel zu wenig gewahrt. Kollege Wolke erwidert, daß es ebenfalls über die Anstellung eines Parteileiters dringend und hofft, daß derselbe zunächst Obereschleisen besonders betätichtigen werde, dort seien große Schwel- und Säurefabriken, wo Tausende von Arbeitern zu gewinnen wären, aber wer sollte agieren? Jeder, der den Mund aufmache, der fliege hinunter, das habe er am eigenen Leibe erfahren. 25 Jahre habe er auf einem Berg gearbeitet und sei dann gerechtfertigt worden.

Kollege Wolke-Stragau über die Anstellung eines Parteileiters für Schließen. Dies hätte schon früher geschehen müssen, dann wäre auch hier die Organisation bereits besser bestellt. Wir hätten dem anderen Organisationen und den Schließlichen zu viel Zeit gelassen und jetzt würde es nur zu spät sein, besonders zu kommen. Er erklärt, daß für Stragau und Umgebung schon jetzt die Anstellung eines Parteiführers notwendig wäre, weil die Schließlichen bei ihnen kaum irgendwelche Kenntnisse einem Deputierten hätten. Diese sollten eben, daß dort noch viel zu holen sei. Er schildert die Lage der Eisenarbeiter, Hüttenarbeiter, der chemischen Industrie und meint, der Redner habe deren Lage noch viel zu wenig gewahrt. Kollege Wolke erwidert, daß es ebenfalls über die Anstellung eines Parteileiters dringend und hofft, daß derselbe zunächst Obereschleisen besonders betätichtigen werde, dort seien große Schwel- und Säurefabriken, wo Tausende von Arbeitern zu gewinnen wären, aber wer sollte agieren? Jeder, der den Mund aufmache, der fliege hinunter, das habe er am eigenen Leibe erfahren. 25 Jahre habe er auf einem Berg gearbeitet und sei dann gerechtfertigt worden.

Kollege Schmidt-Stragau über die Anstellung eines Parteileiters für Schließen. Dies hätte schon früher geschehen müssen, dann wäre auch hier die Organisation bereits besser bestellt. Wir hätten dem anderen Organisationen und den Schließlichen zu viel Zeit gelassen und jetzt würde es nur zu spät sein, besonders zu kommen. Er erklärt, daß für Stragau und Umgebung schon jetzt die Anstellung eines Parteiführers notwendig wäre, weil die Schließlichen bei ihnen kaum irgendwelche Kenntnisse einem Deputierten hätten. Diese sollten eben, daß dort noch viel zu holen sei. Er schildert die Lage der Eisenarbeiter, Hüttenarbeiter, der chemischen Industrie und meint, der Redner habe deren Lage noch viel zu wenig gewahrt. Kollege Wolke erwidert, daß es ebenfalls über die Anstellung eines Parteileiters dringend und hofft, daß derselbe zunächst Obereschleisen besonders betätichtigen werde, dort seien große Schwel- und Säurefabriken, wo Tausende von Arbeitern zu gewinnen wären, aber wer sollte agieren? Jeder, der den Mund aufmache, der fliege hinunter, das habe er am eigenen Leibe erfahren. 25 Jahre habe er auf einem Berg gearbeitet und sei dann gerechtfertigt worden.

Kollege Müller-Breslau über die Anstellung eines Parteileiters für Schließen. Dies hätte schon früher geschehen müssen, dann wäre auch hier die Organisation bereits besser bestellt. Wir hätten dem anderen Organisationen und den Schließlichen zu viel Zeit gelassen und jetzt würde es nur zu spät sein, besonders zu kommen. Er erklärt, daß für Stragau und Umgebung schon jetzt die Anstellung eines Parteiführers notwendig wäre, weil die Schließlichen bei ihnen kaum irgendwelche Kenntnisse einem Deputierten hätten. Diese sollten eben, daß dort noch viel zu holen sei. Er schildert die Lage der Eisenarbeiter, Hüttenarbeiter, der chemischen Industrie und meint, der Redner habe deren Lage noch viel zu wenig gewahrt. Kollege Wolke erwidert, daß es ebenfalls über die Anstellung eines Parteileiters dringend und hofft, daß derselbe zunächst Obereschleisen besonders betätichtigen werde, dort seien große Schwel- und Säurefabriken, wo Tausende von Arbeitern zu gewinnen wären, aber wer sollte agieren? Jeder, der den Mund aufmache, der fliege hinunter, das habe er am eigenen Leibe erfahren. 25 Jahre habe er auf einem Berg gearbeitet und sei dann gerechtfertigt worden.

Kollege Müller-Breslau über die Anstellung eines Parteileiters für Schließen. Dies hätte schon früher geschehen müssen, dann wäre auch hier die Organisation bereits besser bestellt. Wir hätten dem anderen Organisationen und den Schließlichen zu viel Zeit gelassen und jetzt würde es nur zu spät sein, besonders zu kommen. Er erklärt, daß für Stragau und Umgebung schon jetzt die Anstellung eines Parteiführers notwendig wäre, weil die Schließlichen bei ihnen kaum irgendwelche Kenntnisse einem Deputierten hätten. Diese sollten eben, daß dort noch viel zu holen sei. Er schildert die Lage der Eisenarbeiter, Hüttenarbeiter, der chemischen Industrie und meint, der Redner habe deren Lage noch viel zu wenig gewahrt. Kollege Wolke erwidert, daß es ebenfalls über die Anstellung eines Parteileiters dringend und hofft, daß derselbe zunächst Obereschleisen besonders betätichtigen werde, dort seien große Schwel- und Säurefabriken, wo Tausende von Arbeitern zu gewinnen wären, aber wer sollte agieren? Jeder, der den Mund aufmache, der fliege hinunter, das habe er am eigenen Leibe erfahren. 25 Jahre habe er auf einem Berg gearbeitet und sei dann gerechtfertigt worden.

Kollege Müller-Breslau über die Anstellung eines Parteileiters für Schließen. Dies hätte schon früher geschehen müssen, dann wäre auch hier die Organisation bereits besser bestellt. Wir hätten dem anderen Organisationen und den Schließlichen zu viel Zeit gelassen und jetzt würde es nur zu spät sein, besonders zu kommen. Er erklärt, daß für Stragau und Umgebung schon jetzt die Anstellung eines Parteiführers notwendig wäre, weil die Schließlichen bei ihnen kaum irgendwelche Kenntnisse einem Deputierten hätten. Diese sollten eben, daß dort noch viel zu holen sei. Er schildert die Lage der Eisenarbeiter, Hüttenarbeiter, der chemischen Industrie und meint, der Redner habe deren Lage noch viel zu wenig gewahrt. Kollege Wolke erwidert, daß es ebenfalls über die Anstellung eines Parteileiters dringend und hofft, daß derselbe zunächst Obereschleisen besonders betätichtigen werde, dort seien große Schwel- und Säurefabriken, wo Tausende von Arbeitern zu gewinnen wären, aber wer sollte agieren? Jeder, der den Mund aufmache, der fliege hinunter, das habe er am eigenen Leibe erfahren. 25 Jahre habe er auf einem Berg gearbeitet und sei dann gerechtfertigt worden.

Kollege Müller-Breslau über die Anstellung eines Parteileiters für Schließen. Dies hätte schon früher geschehen müssen, dann wäre auch hier die Organisation bereits besser bestellt. Wir hätten dem anderen Organisationen und den Schließlichen zu viel Zeit gelassen und jetzt würde es nur zu spät sein, besonders zu kommen. Er erklärt, daß für Stragau und Umgebung schon jetzt die Anstellung eines Parteiführers notwendig wäre, weil die Schließlichen bei ihnen kaum irgendwelche Kenntnisse einem Deputierten hätten. Diese sollten eben, daß dort noch viel zu holen sei. Er schildert die Lage der Eisenarbeiter, Hüttenarbeiter, der chemischen Industrie und meint, der Redner habe deren Lage noch viel zu wenig gewahrt. Kollege Wolke erwidert, daß es ebenfalls über die Anstellung eines Parteileiters dringend und hofft, daß derselbe zunächst Obereschleisen besonders betätichtigen werde, dort seien große Schwel- und Säurefabriken, wo Tausende von Arbeitern zu gewinnen wären, aber wer sollte agieren? Jeder, der den Mund aufmache, der fliege hinunter, das habe er am eigenen Leibe erfahren. 25 Jahre habe er auf einem Berg gearbeitet und sei dann gerechtfertigt worden.

Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Die Bewegung der Arbeiterbewegung der Unternehmern vor?“ referierte Gauleiter Joppich. Redner schäuferte kurz, wie man die Agitation betreiben sollte, um dem Unternehmern die Gelegenheiten zum Wachstum zu nehmen; er hofft, daß die Leiter ihre Vertretung demgemäß organisieren, und ihren genügend Anleitung bezüglich der Agitation geben werden.

